

SND

17.11.93

**Informationen zum Besuch des russischen Verteidigungsministers Pawel S. Gratschew in der Schweiz  
(November 1993)**



## 1. Zur sicherheitspolitischen Lage in Russland

Die im Oktober im Namen des der ständigen Auseinandersetzungen zwischen Präsident und Parlament müden Volkes erfolgte Neutralisierung des russischen Parlamentes durch den Präsidenten Jeltsin hat einige Klarheit geschaffen. Die Streitkräfteführung stellte sich nach reiflicher Ueberlegung auf die Seite des Präsidenten, nachdem die Sicherheitskräfte der Lage nicht Herr zu werden vermochten.

Die Neutralisierung des Parlamentes ermöglichte es dem Präsidenten, nun innert kürzester Frist seine wichtigen Vorhaben zur Restrukturierung des Landes auszuarbeiten und vorzubringen: eine um wichtige Punkte erneuerte *Militärdoktrin* (die in ihren Einzelheiten nicht publiziert werden soll) und eine neue Verfassung. Neuwahlen für das nach neuem Modus zusammengesetzte Parlament sind nun für den 12. Dezember des Jahres angesagt. Der Präsident will sich selbst vorläufig nicht Neuwahlen stellen, sein Amt aber 1996 abgeben.

Vor der Neutralisierung des Parlamentes schien ein Regieren kaum mehr möglich. Die westlichen Hilfslieferungen und Berater schienen wenig auszurichten, fehlte doch die für jedes vernünftige Wirtschaften notwendige Grundvoraussetzung: die innere Stabilität, die auf der Durchsetzung eines für verbindlich betrachteten Rechtssystems beruht. Zudem wurde die russische Aussen- und Sicherheitspolitik - eigentlich jeweils zwei "Politiken": eine des Präsidenten und eine des Parlamentes - zunehmend unkalkulierbar.

Verschiedene westliche Politiker haben denn in Abweichung von den üblichen Gepflogenheiten auf die *Person* des Präsidenten als des Garanten einer verantwortungsvollen russischen Politik gesetzt und unterstützen ihn auch heute in seinen Bestrebungen zu einer wirklichen Demokratisierung und einem sozial verträglichen Uebergang zu einer stärker marktwirtschaftlich ausgerichteten Wirtschaftsform.

Die neue *Verfassung* sieht eine starke Position des Präsidenten nach amerikanischem oder französischem Vorbild vor. Für die 225 über Listen zu wählende Volksvertreter wurden 13 Wahlbündnisse, Parteien und "Bewegungen" registriert. Es lassen sich wie bisher drei grosse Strömungen - mit zum Teil ganz neuen Formationen - unterscheiden: *Reformdemokraten*, *Zentristen*, *Nationalkommunisten*. Bei einer grossen Vielfalt von zum Teil aggressiv reformistischen und andererseits revisionistischen Programmen wäre an sich die Gefahr eines Rückfalles in die antagonistischen Zustände von vor dem Oktober 1993 nicht auszuschliessen. Die vom Präsi-

## ND-VERTRAULICH

dentem anfangs November vorgestellte *Verfassung* dürfte allerdings die Mehrzahl der möglichen Kompetenzstreitigkeiten geklärt haben.

In der russischen *Aussen- und Sicherheitspolitik* zeichnet sich eine Abkehr von der Westzugewandtheit und eine Hinwendung zu einer "eurasischen" Politik ab, wobei zum Teil auch Gedankengänge einer geopolitisch-realistischen Schule eine Rolle zu spielen beginnen. Besondere Bedeutung scheint dem Konzept des "nahen Auslandes" zuzukommen, einer von russischen Politologen und Politikern entwickelten Denkrichtung, wonach Russland das Recht - nach der Meinung einiger Theoretiker gar die Pflicht - hat, seine Interessen in den Nachbarstaaten analog zur perzipierten amerikanischen Politik in Kanada und Mittelamerika durchzusetzen. Unklar ist dabei noch, welche Staaten als "Nachbarstaaten" gelten (nach Ansicht einiger Theoretiker sind es die GUS-Staaten, nach anderen der ehemalige WAPA-Raum, nach wieder anderen sämtliche Nachbarstaaten plus die der ehemaligen Sowjetunion zugewandten Orte) und welche Mittel verwendet werden sollen (politische, wirtschaftliche, oder auch militärische). Die Interventionen in Moldawien (Transnistrien), im Kaukasus und (im Rahmen des fast ausschliesslich aus russischen Truppen bestehenden GUS-Kontingentes) in Tadschikistan, der auf die Ukraine ausgeübte wirtschaftliche Druck, die schleppenden Truppenabzüge aus Estland und Lettland (nach Aussage Gratschews verzögern sie sich wegen fehlender Unterkünfte für die abziehenden Truppen), sowie neulich nun Jeltsins Erklärung, Russland sei gegen einen NATO-Beitritt der mittelosteuropäischen Staaten, wenn Russland nicht zuerst aufgenommen würde, deuten darauf hin, dass Russland unter Jeltsin und mit der Unterstützung der Streitkräfteführung bereit ist, eine selbstbewusstere und eigenständigere Aussen- und Sicherheitspolitik zu implementieren und seinen Einfluss in den angrenzenden Staaten zu stabilisieren. Der jüngste, noch wenig dokumentierte Besuch Gratschews in China diene zumindest der Bestätigung guten Einvernehmens zwischen den beiden Staaten (vergleiche Punkt 5). Eine duldsame Haltung der westlichen Politiker, die persönliche Unterstützung für Jeltsin in den schwierigen Oktobertagen, aber auch der Wunsch, für ein riesiges als "schwierig" perzipiertes Gebiet mit einem einzigen Ansprechpartner verhandeln zu können, mögen der Implementierung der Politik des "nahen Auslandes" weiterhin förderlich sein.

In den Bereich des "Probings", des Auslotens, wieviel russisches Selbstbewusstsein die westlichen Politiker zu akzeptieren gewillt sind, gehört sicherlich auch Jeltsins Vorschlag vom 17.9.93, den *CFE-Vertrag den neuen politischen Verhältnissen in*

## ND-VERTRAULICH

*Europa anzupassen.* Russland argumentiert damit, dass an der Südflanke (Kaukasus) stärkere Kräfte benötigt werden und dass deshalb die ab 1995 geltende Beschränkung der Dislozierungsmöglichkeiten neu zu verhandeln sei (unterstützend wird argumentiert, allein im Militärbezirk Nordkaukasus sei noch die Infrastruktur vorhanden, um die von ausserhalb Russlands abzuziehenden Truppen aufzunehmen). Die USA, Kanada und Norwegen weisen eine Neuverhandlung des CFE-Vertrages kategorisch zurück und verlangen, es müsse erst der Vertrag erfüllt werden, wonach dann frühestens 1996 über etwaige Modifikationen diskutiert werden könne.

Führungspersönlichkeiten der Streitkräfteführung haben sich wiederholt für eine Politik der Stärke im Innern und Aeussern ausgesprochen. Sie sind es, die unter dem Zerfall und Prestigeverlust der Streitkräfte leiden, die der Idee der Sowjetunion verpflichtet waren, und sich nun durch die verfassungs- und doktrinmässig verankerten militärischen Einsätze im Innern und Aeussern einen Prestigezuwachs und wohl den entsprechenden Mittelfluss erhoffen (vergleiche Punkt 4). In der Tat scheint seit dem Oktoberputsch und dem Schulterchluss Jeltsin-Gratschew ein selbstbewussterer Ton vorzuherrschen. Nach ersten Einsichten decken sich die Stabilitätswünsche der gegenwärtigen Regierung Russlands und der Streitkräfteführung, wobei sich persönliche Divergenzen der Exponenten Jeltsin und Gratschew nicht verhehlen lassen. Auch nach den Wahlen dürfte es in Russland einen starken Präsidenten geben, der an der Unterstützung der Streitkräfte interessiert ist, eine Politik der Stärke im Aeussern (dies ist ja auch fast der einzige Punkt, in dem sich die meisten der Parteien und Interessengruppen einig sind) und Bemühungen, die auseinanderstrebenden Föderationssubjekte zusammenzuhalten. Es bestehen allerdings Indizien, wonach Jeltsin an einer Ersetzung Gratschews - der ihm anlässlich der Oktoberereignisse schliesslich erst nach einigem Zögern beistand - durch eine loyalere Persönlichkeit (möglicherweise sogar den Hardliner und Afghanistanveteranen Boris Gromow) interessiert sein könnte.

## FRAGEN:

(1) Ist die russische Ablehnung eines polnischen oder sonstigen mittelosteuropäischen NATO-Beitritts als Anwendung der "Politik des nahen Auslands" zu werten? Gehören demnach die ehemaligen WAPA-Staaten ebenfalls in den Bereich der Interessenssphäre "Nahes Ausland" (vgl ähnliche Frage im Abschnitt "Militärdoktrin/Punkt 4)?)

(2) Wie steht der Gast als Repräsentant der Streitkräfteführung zur möglichen Erweiterung der NATO um

- die mittelosteuropäischen Staaten und das Baltikum,
- um Russland,
- um GUS-Staaten wie die Ukraine.

(3) Wie/wo/wann könnte der Gast sich einen Einsatz im Inneren vorstellen? Wie werden die Streitkräfte darauf vorbereitet?

(4) Wie sieht der Gast die Zukunft der GUS, der GUS-Streitkräfte und des GUS-Peace-keepings?

(5) Wie sieht der Gast die politische Entwicklung nach den Wahlen vom 12. Dezember?

## 2. Das Verhältnis Russlands zur Ukraine

Die weiterhin enge wirtschaftliche Verflechtung und gegenseitige politische Interdependenz legen eine gutnachbarschaftliche Zusammenarbeit nahe. Russlands paternalistische Grundhaltung, sein Anspruch auf alleinige Rechtsnachfolge der UdSSR und die Tendenz, in internationalen Foren auch im Namen der GUS-Staaten zu sprechen, sind für die Ukraine nicht annehmbar. Umgekehrt hat der Unabhängigkeitswille der Ukrainer auch russische Empfindlichkeiten geweckt und den die Moskauer Hegemonie legitimierenden Mythos der Einheit der ostslawischen Völker zerstört.

Die ukrainische Haltung bezüglich *Stationierung, Einsatz und Vernichtung von Kernwaffen* hat sich seit der Unabhängigkeitserklärung vom 16.07.90 wesentlich geändert. Die Ukraine verlangt jetzt von den übrigen Kernwaffenstaaten Sicherheitsgarantien und finanzielle Zusagen. Zuletzt beim Besuch des amerikanischen Staatssekretärs Christopher (Ende Oktober 1993) zeigte es sich, dass sie hofft, die Ratifizierung von START-1 und den Beitritt zum nuklearen Nichtverbreitungsvertrages (NPT) als Nichtkernwaffenstaat von der Bezahlung einer weit höheren (2,8 Mia. \$) als der versprochenen amerikanischen Subvention an die Kosten der Abrüstung abhängig machen zu können. Die Ukraine will offenbar unter START-1 130 SS-19 Raketen abrüsten, 46 SS-24 behalten und dem NPT zunächst als Kernwaffenstaat beitreten. Eine kernwaffenfreie Ukraine ist offenbar nur noch ein Fernziel.

Die Ukraine flüchtet sich angesichts einer alarmierenden Versorgungslage immer mehr in die *sozialistische Planwirtschaft* zurück. Die Privatisierung ist in den zwei Jahren der staatlichen Unabhängigkeit ohnehin noch kaum vorangekommen. Die Gasversorgung für den Winter 93/94 ist trotz Verhandlungen mit Russland und Turkmenistan möglicherweise nicht sichergestellt. Eine gesicherte Energieversorgung dürfte nur mittels Lösung der währungspolitischen Probleme möglich sein.

67% der *Bevölkerung der Krim* sind Russen. Die 1954 von Kruschtschow in den Staatsverband der Ukraine eingegliederte Halbinsel stellt heute die einzige Ausnahme von der unitarischen Staatsstruktur der Ukraine dar. Sie genießt einen Autonomiestatus mit weitreichenden Vollmachten im Bereich Wirtschaft und Selbstverwaltung. In der Ostukraine scheint es in einzelnen Regionen mit hohem russischem Bevölkerungsanteil separatistische Strömungen zu geben, die den Anschluss an die Russische Föderation befürworten.

## ND-VERTRAULICH

Ein Stillhalteabkommen vom August 1992 sah ein gemeinsames Oberkommando und eine Aufteilung im Verhältnis 1:1 bis zum Jahre 1995 für die *Schwarzmeerflotte* vor. Es ist im Prinzip weiterhin gültig. Umstritten sind der russischen Schwarzmeerausgang (Benutzung des ukrainischen Hafens Sewastopol) und die "Gerechtigkeit" der Aufteilung.

Im Juli 1993 hat sich der russische Verteidigungsminister Gratschew wieder gegen die Aufteilung der Flotte erklärt. Er gibt damit auch die Ansicht der betroffenen Offiziere und der stark prorussischen Bevölkerung der Krim wieder.

## ND-VERTRAULICH

## FRAGEN:

*(1) Welche kurz- und mittelfristige Zukunft sieht der Gast für die Ukraine voraus (Desintegration, "slawische Union" mit Russland, Abspaltung der russischsprachigen Ostukraine, Aufschwung wider Erwarten)?*

*(2) Wie ist aus russischer Sicht das ukrainische Ersuchen um Sicherheitsgarantien zu beurteilen?*

### 3. Zur Lage im ehemaligen Jugoslawien

Nach dem Scheitern der Gespräche des UNO-Vermittlers Stoltenberg mit bosnischen Führern präsentiert sich die Situation der bosnischen Muslime verzweifelter denn je. Einerseits haben sich die Bihacer "Pragmatiker" von Izetbegovics Integrität losgesagt, andererseits hat sich der Graben zwischen "kroatischer Verteidigungsorganisation" (HVO) und bosnischen Streitkräften auch auf Sarajevo ausgedehnt, das neu vom Serbenführer Karadzic nun ganz für die Serben in Anspruch genommen wird.

Für den kommenden Winter dürfte für die internationalen Organisationen die Versorgung von ca 2,3 Millionen Flüchtlingen (davon 1,5 bis 2 Mio Moslems) das Hauptproblem bilden. Der Bedarf wird auf 270.000 Tonnen Versorgungsgüter geschätzt (216.000 Tonnen Lebensmittel, 54.000 Tonnen andere).

Zur Zeit stehen die folgenden *Entwicklungsmöglichkeiten* im Vordergrund:

**1. "More of the Same" - Weiterführung der serbischen Eroberungen auf Kosten der Muslime nach dem ursprünglichen serbisch-kroatischen Plan.** Das Ziel ist die Schaffung zweier bosnischer "Reservate", je eines unter kroatischem (Bihac) und serbischem Einfluss (Zentralbosnien). Längerfristig dürfte sich die Interessenkoalition angesichts der militärischen Unterlegenheit der Kroaten in Richtung Szenario 2 entwickeln, wobei das serbische Territorium auf Kosten der Kroaten an die Adria ausgeweitet werden dürfte.

**2. Arrondierung Gross-Serbiens, kurzfristig vor allem auf Kosten der Muslime.** Wahrscheinlich bleibt aber ein weiteres Vorgehen gegen Kroatien (möglicherweise provoziert durch die Serben in den besetzten Gebieten) nach Beendigung der Kampfhandlungen in Bosnien und eine Ausdehnung des Konfliktes nach Süden (Kosovo, Sandzak, Mazedonien, Albanien). Eine Implikation Bulgariens, Albanien, der stark in Albanien engagierten Türkei oder auch Griechenlands liesse sich dann nicht mehr ausschliessen. Der Serbenführer Karadzic reklamiert neu Sarajewo für das bosnische Serbien - damit dürfte ein nächstes Eroberungsziel feststehen.

**3. Wiederaufnahme von Gesprächen.** Eine Wiederaufnahme von Friedensgesprächen unter UN- oder anderer internationaler Vermittlung (auch Russland hat in der Vergangenheit "konstruktive Vorschläge" eingebracht) dürfte sich für den Zeitpunkt abzeichnen, da bedeutende Lageveränderungen eintreten (starke Bedrängung Sarajevos, massive innere Unruhen in Serbien, Flüchtlingsepidemie im Winter usf.). Der serbische Präsident Milosevic liess allerdings verlauten, er sei nur zu Verhandlungen bereit, wenn das Embargo aufgehoben und eine Garantie der Nichteinmischung in serbische Angelegenheiten (gemeint ist vor allem die Assimilierungspolitik in Vojvodina, Sandzak und Kosovo) gegeben werde.

**4. Interne Einigung.** Nicht auszuschliessen ist weiterhin eine Verhandlungslösung bezüglich Kroatiens, wobei für Kroatien die Sicherung des dalmatinischen Hinterlandes (cf Maslenica-Operation) im Vordergrund stehen dürfte und eventuell auf das serbisch besetzte Ostslawonien verzichtet würde. Verschiedene Anzeichen deuten darauf hin, dass die nicht unumstrittenen Machthaber in Zagreb und Belgrad mittelfristig an einer "politischen" Lösung interessiert sein dürften. Beide Seiten dürften erkannt haben, dass eine Prolongierung des Konfliktes ohne spektakuläre Erfolge mittelfristig eine Destabilisierung der Länder bedeutet, wenn ihre eigene Position auch durch einen allfälligen Vertragsschluss akut gefährdet würde. Einer Verwirklichung Gross-Serbiens im Süden unter relativer "Schonung" Kroatiens dürfte der kroatische Präsident Tudjman kaum entgegenstehen. Der bosnische Präsident Izetbegovic dürfte sich allerdings kaum auf einen derartigen Handel einlassen.

Zumindest die wahrscheinlichen Szenarien 1 und 2 schliessen ein Uebergreifen der Kampf- und Eroberungshandlungen auf Nachbarstaaten nicht aus.

Die russische Haltung war bislang geprägt von einer gewissen historisch und konfessionell zu begründenden Sympathie für die serbische Sache. Verschiedene Interessengruppen in Russland aber auch der Ukraine unterstützen Serbien mit Ausrüstungsgegenständen, Söldnern und Embargogütern. Verschiedene kriminelle Interessengruppen dürften an der Schaffung von Basen für einschlägige Aktivitäten interessiert sein.

## FRAGEN:

*(1) Wie perzipiert der Gast das "jugoslawische" Problem und welche Lösungsansätze betrachtet er als realistisch?*

*(2) Fällt Serbien im weitesten Sinn unter die Doktrin des "nahen Auslands"?*

*(3) Wäre Russland bereit, sich umfassend an UNO-Einsätzen zu beteiligen?*

#### 4. Zur neuen Militärdoktrin Russlands

Am 2. November 1993 hat der Sicherheitsrat unter dem Vorsitz von Präsident Jeltsin die neue, 24seitige Militärdoktrin verabschiedet. Die Doktrin legt die Ziele fest, um die militärische Sicherheit des Landes zu garantieren und Russland vor **inneren und äusseren** Gefahren zu schützen. Sie ist die Grundlage für den Einsatz aller Machtmittel des Staates und hat Gesetzes-Charakter.

Laut Verteidigungsminister Gratschew betrachtet Russland derzeit keinen Staat und keinen Staatenbund als potentielle Gegner. Die Streitkräfte würden ausschliesslich zur Verteidigung des Landes eingesetzt. Künftig können die Streitkräfte nach der neuen Doktrin im Innern des Landes in Kooperation mit den Truppen des Innern die Grenztruppen verstärken und u.a. die Bewachung der Staats- und Wirtschaftsobjekte durchführen. Bei lokalen Kriegen kann den Streitkräften die Aufgabe zufallen, Spannungsherde einzugrenzen und die Kampfhandlungen möglichst früh zu unterbinden. Neu wird auch ein Streitkräfteeinsatz Russlands und anderer GUS-Staaten ausserhalb der eigenen Grenzen möglich sein.

Die Militärdoktrin sieht weiter das **Recht auf einen atomaren Ersteinsatz** vor, verzichtet aber auf den atomaren Erstschlag. Die Atomwaffen könnten laut Gratschew eingesetzt werden, "wenn die Russische Föderation, ihr Territorium, ihre Streitkräfte oder die Streitkräfte ihrer Verbündeten von einem Staat angegriffen werden, der mit einem Atomwaffenstaat verbündet ist". Russland garantiert den Nichteinsatz von Atomwaffen gegen die atomwaffenlosen Staaten des "Non Proliferation Treaty" (NTP).

Die Loyalität der Streitkräfteführung während des Putsches anfang Oktober gegenüber Jeltsin dürfte - heute und in naher Zukunft - ihren Preis haben. Nach wie vor haben einflussreiche Teile der militärischen Führung Interesse an einer (nuklearen) Grossmachtpolitik. Jeltsin dürfte sich bezüglich des nuklearen Ersteinsatzes den Wünschen der Militärs gefügt haben. Die in Entstehung begriffenen hochmobilen "Schnellen Eingreiftruppen" stellen für Einsätze im Innern des Landes wie auch zur Durchsetzung "legitimer Sicherheitsbedürfnisse Russlands" im "nahen Ausland" ein durchaus brauchbares Instrument dar. Mehr denn je wirken heute die Streitkräfte als integrierender Faktor inmitten der auseinanderstrebenden russischen Republiken. Die Verabschiedung der neuen Doktrin dürfte absehbare Auswirkungen auf die

## ND-VERTRAULICH

künftige Beschaffung von Rüstungsgütern haben. Der Trend im Ausbau der Streitkräfte geht weg von den schweren Panzerverbänden hin zum Ausbau der "Schnellen Eingreiftruppen". Bezüglich des Atomwaffeneinsatzes kann von der verklausulierten Formulierung wohl abgeleitet werden, dass Russland auch weiterhin den Annäherungsbestrebungen der ostmitteleuropäischen Staaten an die NATO negativ gegenüber stehen wird. Die vorliegende neue Militärdoktrin weist auf eine **neue Politik des Selbstvertrauens und der Stärke** im In- und Ausland hin.

## FRAGEN:

(1) In der neuen Doktrin wird der nukleare Ersteinsatz weiterhin als Option in Betracht gezogen, auf einen Erstschlag wird aber verzichtet.

Wie ist diese Unterscheidung zu verstehen und wie weit ist nach Ihrer Ansicht unter diesen Voraussetzungen der Kriegsverhinderungscharakter noch gegeben?

(2) Russland hat wiederholt von Gebieten ausserhalb seines Territoriums gesprochen (vom "nahen Ausland" oder "near abroad"), in welche es zur Entsendung von Truppen - vermutlich solchen der neu zu schaffenden Schnellen Eingreiftruppen - allenfalls gewillt wäre.

Unter welchen Umständen würden Sie einen solchen Einsatz als gerechtfertigt bezeichnen, und welche Interessen lägen einem solchen Einsatz zugrunde? (z B Schutz russischer Minderheiten).

Würde ein solcher Einsatz beispielsweise auf Verlangen russischer Minderheiten auch gegen den Willen souveräner Republiken erfolgen?

Fallen auch andere als die "grenznahen" GUS-Staaten unter Umständen unter diese "Near abroad"-Kategorie?

Wie weit ist die Formulierung "Atomwaffen können gegen einen anderen A-Waffenstaat oder einen Staat, der mit einem A-Waffenstaat verbündet ist, eingesetzt werden" als indirekte Warnung gegen eine allfällige Aufnahme von Staaten des ehemaligen WAPA in die NATO gerichtet?

(3) Das 24-seitige Dokument soll nach ersten Aussagen nicht veröffentlicht werden.

Welches sind die Gründe dieser Vorenthaltung des Dokumentes in Zeiten erhöhter sicherheitspolitischer Transparenz und Vertrauensbildung?

*Einsatz in Dänemark!*

*(4) Welches sind für Russland die heutigen und künftigen Bedrohungen, die Risiken und Gefahren ? Wer ist der "neue" Feind und wo ist er situiert ?*

*(5) Welches ist die Haltung Ihrer Streitkräfteführung gegenüber den nach wie vor existierenden zentrifugalen Tendenzen Russlands ?*

*(6) Wie weit unterstützen Sie und die Streitkräfteführung grundsätzlich den Einsatz von Truppen im Rahmen von Peacekeeping Einsätzen dort, wo solche von den Vereinten Nationen als opportun betrachtet und beschlossen werden ? Sind hier nach Ihrer Auffassung allenfalls differenzierte Betrachtungsweisen - beispielsweise je nach Einsatzregion - anzuwenden ?*

## 5. Zum Chinabesuch des russischen Verteidigungsministers Gratschew

Vom 8. bis am 11. November hat der russische Verteidigungsminister Gratschew einen Chinabesuch absolviert. Es handelt sich dabei um den ersten Besuch eines russischen Verteidigungsministers in China seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion. Gratschew ist mit dem chinesischen Verteidigungsminister Chi Haotian zusammengetroffen, weiter mit Premierminister Li Peng und andern, nicht erwähnten, hohen Politikern und Militärs.

Gratschew hat in Peking einen *Fünf-Jahres-Vertrag über Kooperation auf militärischem Gebiet* unterzeichnet. Laut Gratschew sieht der Vertrag unter anderem wechselseitige Konsultationen auf Regierungsebene sowie zwischen militärischen Kommandanten beider Länder vor. Bereits nächstes Jahr sollen sieben Delegationen chinesischer Offiziere Russland besuchen. In Moskau wie in Peking wird der Bestand der Verteidigungsattachés aufgestockt. Gemäss Angaben des chinesischen Aussenministeriums beinhaltet das Abkommen auch den Austausch von Personal und von Erfahrungen in "bestimmten Spezialbereichen". Der Vertrag beziehe sich aber in keiner Weise auf eine Zusammenarbeit bei der Rüstungsproduktion und Waffenverkäufen. Russland ist seit einiger Zeit der grösste Waffenlieferant Chinas. Lieferungen der letzten Zeit beinhalteten u.a. Flak- und Flugkörperabwehrsysteme S-300 und Kampfflugzeuge Su-27 im Gesamtwert von gegen zwei Milliarden Dollar.

Nach Meinung westlicher Experten soll Gratschew auch seiner Besorgnis über den Atomtest anfang Oktober dieses Jahres Ausdruck gegeben haben. Seit längerer Zeit ist bekannt, dass zahlreiche russische Kernwaffenspezialisten nach China abwandern, respektive von China angeworben werden. Laut westlichen Presseberichten soll Gratschew versucht haben, den Exodus wichtiger Rüstungsspezialisten zu bremsen. Gratschew wird zwar mit China nicht über weitere Waffenlieferungen verhandeln, weil dafür das Handelsministerium zuständig ist, er wird aber einen chinesischen Wunschzettel nach Moskau mitnehmen.

Gratschew und Chi Haotian betonten übereinstimmend, dass die freundschaftlichen Militärbeziehungen zwischen den beiden Ländern rein *defensiver Natur* seien und sich nicht gegen Drittstaaten richten würden. Gratschew hielt fest, dass die beiden Länder die Beziehungen im militärischen Bereich vertiefen wollten, aber keinen Militärpakt planten.

## 6. Kurzbiographie von Pawel Sergejewitsch Gratschew, Verteidigungsminister der Russischen Föderation

Pawel S. Gratschew wurde am 1. Januar 1948 in Rvy, in der Nähe von Tula (ca. 170 km südlich von Moskau) als Sohn einer Arbeiterfamilie geboren. Seinen Jugendtraum, Ski-Instruktor zu werden, gab er 1965 zugunsten der Höheren Luftkampfschule Ryazan auf.

1969 schloss er diese Schule mit Erfolg ab und diente sich bis 1978 zum Bataillonskommandanten der Luftlandetruppen hoch. Von 1978 bis 1981 absolvierte er erfolgreich ein Studium an der Frunse Militärschule.

Gratschew diente fünf Jahre in Afghanistan, zuerst als Regimentskommandant (81-83) und später als Kommandant der 103. Gardeluftlandedivision (85-88). Gratschew wurde der Titel "Held der Sowjetunion" verliehen; er ist auch Träger zahlreicher anderer Orden der Sowjetunion. Von 1983-1985 war er Stabschef der 7. Gardeluftlandedivision in Kaunas (Litauen). Von 1988 bis 1990 besuchte er die Generalstabsakademie. Bis 1991 war er Mitglied der KPdSU.

1990 wurde er stellvertretender Kommandant der Sowjetischen Luftlandetruppen und 1991 deren Kommandant. Am 3. April 1992 wurde er zum stellvertretenden Verteidigungsminister ernannt und am 18. Mai 1992 von Jeltsin zum Verteidigungsminister der Russischen Föderation befördert.

Schon im Januar 91 sprach sich Gratschew im Zusammenhang mit den litauischen Sezessionsbewegungen gegen einen Streitkräfteeinsatz im Innern des Landes aus. Beim August-Putsch 1991 in Moskau stellte sich Gratschew auf die Seite Jeltsins, dem er erklärte, dass die Streitkräfte das Weisse Haus nicht angreifen würden. Auch beim Oktober-Putsch dieses Jahres stellte sich Gratschew, wenn auch angeblich zögernd, loyal hinter Jeltsin.

Gratschew scheint auch weiterhin gegen einen Einsatz der Streitkräfte im Innern des Landes zu sein, obwohl dies in der am 2. November verabschiedeten neuen Militärdoktrin ausdrücklich vorgesehen ist. Er ist gegen einen überstürzten Truppenrückzug aus Lettland und Estland, weil die nötigen Installationen und Unterkunftsmöglichkeiten für die Truppen in Russland nicht vorhanden seien. Im übrigen spricht er sich für den Schutz russischer Bürger im Ausland aus. Im Gegensatz zu Russland wird er in den neuen Republiken der ehemaligen Sowjetunion nicht sehr geschätzt.

## ND-VERTRAULICH

Innerhalb der Streitkräfte hat er nicht nur Freunde. Neider werfen ihm vor, ein Emporkömmling zu sein, der zufällig den Posten des Verteidigungsministers erhielt. Andere zweifeln an seinem intellektuellen Genügen für das Amt, wieder andere werfen ihm Unfähigkeit vor, etwas gegen die grassierende Korruption im Offizierskorps (hauptsächlich bei den in Ostdeutschland stationierten Truppen) zu unternehmen. Eine starke Lobby der Landstreitkräfte sähe anstelle des Luftlandetruppen-Offiziers lieber den Hardliner der Landstreitkräfte und Stellvertreter Gratschews, Generaloberst Boris Gromow auf dem Posten des Verteidigungsministers.

Gratschew ist mit der Russin Lyubov Alekseevna verheiratet und hat zwei Söhne. Der ältere ist Kadett an der Luftkampfschule in Ryazan und der jüngere absolviert zur Zeit sein letztes Schuljahr in Moskau.